

Frau Butz beantwortet die Fragen des Antrages der AL-Fraktion. Sie erklärt, dass die Stadt Radevormwald bei den kartellbeteiligten Firmen drei Fahrzeuge beschafft hat, zwei Stück im Jahre 2001 und eines im Jahre 2004. Das Investitionsvolumen belief sich auf 638.700 €. Für die Verwaltung ist es unmöglich, abzuschätzen, ob der Stadt Radevormwald ein wirtschaftlicher Schaden entstanden ist. Die Stadt Radevormwald hat sich an den Städte- und Gemeindebund gewandt, der sich mit der Angelegenheit befasst und prüfen wird, ob ein Schadenersatzanspruch geltend gemacht werden kann. Das Verfahren soll bis zum Ende des Jahres 2011 abgeschlossen sein.

Herr Ebbinghaus erklärt, dass der Presse zu entnehmen war, dass jeder einzelne Auftrag für die Vergabe von Feuerwehrfahrzeugen im entsprechenden Zeitraum betroffen gewesen sei, somit erübrigt sich eine Prüfung, ob auch die Radevormwalder Fahrzeuge betroffen gewesen sind. Nach seiner Auffassung kann der Städte- und Gemeindebund lediglich eine Handlungsempfehlung aussprechen, die Entscheidung liegt letztlich beim Bürgermeister. Dies wird vom Bürgermeister bestätigt; es sei jedoch zunächst die Empfehlung des Städte- und Gemeindebundes abzuwarten.